



Nr. 64 | 28.02.2023

Belarus-Analysen

Belarusische Wirtschaft und die Sanktionen

■ ANALYSE		
Die Wirtschaft von Belarus und die Sanktionen: Fazit des Jahres 2022		2
Katerina Bornukova (Belarusisches Wirtschaftsforschungszentrum BEROC)		
■ STATISTIK		
Belarusische Wirtschaft		6
■ UMFRAGEN		
Wahrnehmung der Sanktionen (Chatham House)		7
Verbrauchervertrauensindex und Arbeitslosigkeit (BEROC)		8
■ CHRONIK		
01. September – 30. November 2022		11

Die Wirtschaft von Belarus und die Sanktionen: Fazit des Jahres 2022

Katerina Bornukova (Belarusisches Wirtschaftsforschungszentrum BEROC)

DOI: 10.31205/BA.064.01

Zusammenfassung

Als Folge der Sanktionen und des Umstandes, dass der ukrainische Markt verloren ging, ist die Wirtschaft von Belarus 2022 um 4,7 Prozent geschrumpft. Das hat das Land um zehn Jahre zurückgeworfen. Die Sanktionen bedeuteten einen ernsten Schlag für ölverarbeitende, Kali- und holzverarbeitende Unternehmen, auch wenn günstige äußere Bedingungen und die Unterstützung durch Russland es ermöglichten, die Folgen für die Wirtschaft abzumildern. Der Rückgang der Einkommen in der Bevölkerung war insgesamt nicht erheblich, wobei die Arbeitslosigkeit angesichts der massenhaften Emigration sogar zurückging.

Die Ereignisse des Jahres 2022 werden auch langfristig Folgen haben: Die Wirtschaft von Belarus verlor ihre Triebkräfte für ein Wachstum sowie für technologische Vorteile und geriet stattdessen in starke Abhängigkeit von der Wirtschaft Russlands, deren Lage wenig versprechend ist. Bleiben politische Veränderungen aus, dürften die Aussichten für 2023 wohl wenig Grund für Optimismus bieten.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2022

Belarus sah sich 2022 beispiellosen Handels-, Finanz- und Verkehrssanktionen gegenüber. Nach dem 24. Februar 2022 wurden die Sanktionen noch umfassender, sahen sehr viel weniger Ausnahmen vor als früher und wurden schnell in Kraft gesetzt. Darüber hinaus verlor Belarus den ukrainischen Markt, und ein Teil der Branchen schrumpfte, weil Belarus als Partner »toxisch« geworden war. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwies sich als nicht so beträchtlich, wie das im Frühling des Jahres noch erwartet worden war. Gleichwohl erfolgte 2022 der größte Rückgang der Wirtschaft seit den 1990er Jahren: Das BIP schrumpfte um 4,7 Prozent. Dieser Rückgang bedeutete de facto, dass Belarus um zehn Jahren zurückgeworfen wurde, nämlich auf das Produktionsniveau von 2012.

Der Rückgang des Mehrwerts betraf nahezu sämtliche Sektoren der Wirtschaft. In der ersten Jahreshälfte trat als »Zugpferd« des Rückgangs die verarbeitende Industrie auf, die unmittelbar von den Sanktionen getroffen wurde. Doch auch die direkt damit verbundenen Bereiche Großhandel und Transporte schrumpften. In der zweiten Jahreshälfte verlangsamte sich der Rückgang, allerdings gelang es nicht, eine nachhaltige Erholung der Industrie zu erreichen. Der Rückgang der Realeinkommen der Bevölkerung und der Pessimismus der Verbraucher führten zu einem Einbruch beim Einzelhandel, und die depressive Stimmung bei den Investitionen sorgte für einen Rückgang im Bauwesen. In der zweiten Hälfte 2022 setzte sogar in der IT-Branche ein Abschwung ein; die ehemalige Triebkraft der Wirtschaft wies zum ersten Mal einen negativen Beitrag zum BIP auf. Der Grund waren massenhafte Standortwechsel von IT-Firmen ins Ausland.

Die Sanktionen und ihre Auswirkungen: ein kurzer Überblick

Die Handelsbeschränkungen, die im vergangenen Jahr in Kraft traten, haben die wichtigsten Wirtschaftssektoren getroffen, unter anderem holzverarbeitende Betriebe, Hersteller von Kalidüngern, Ölprodukten, Metallen, Plastikmaterialien und Gummierzeugnissen. Im Februar 2022 trat das Verbot für Transittransporte von Kalidüngern durch Litauen in Kraft. Nach dem Beginn der Invasion russischer Streitkräfte in die Ukraine verhängte die EU umfassende Sanktionen gegen Belarus, unter anderem gegen wichtige Exportgüter. Der Anteil dieser Waren an den Exporten in die Europäische Union ist beträchtlich, daher führten die Sanktionen schon bald zu einem Rückgang der Exporte in die EU: Die Beschränkungen traten im Juli 2022 in Kraft, und bereits im September hatten sich die Exporte in die Europäische Union im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 60 Prozent verringert.

Hierzu gesellten sich die Folgen der Verkehrssanktionen, durch die der Transport von Waren auf dem Festland sich nicht nur verringerte, sondern auch teurer wurde. Eine erhebliche Rolle spielten auch die Finanzsanktionen: Einige Banken wurden vom SWIFT-System ausgeschlossen, die Goldreserven der Nationalbank und Geschäfte mit ihnen wurden in der EU blockiert, wodurch ein technischer Bankrott von Belarus erklärt wurde: Das Land konnte seine vertraglich eingegangenen Verbindlichkeiten in Devisen nicht begleichen.

Unternehmen, die unter die Wirkung der Sanktionen geraten sind, versuchen Mechanismen zu finden, mit denen die Auswirkungen der Sanktionen minimiert werden könnten. Gleichwohl haben die Mitarbeiter*innen dort erhebliche Verschlechterungen zu spüren bekommen. So sind zum Beispiel bei »Belaruskalij«

die Reallöhne im April 2022 um 40 Prozent gesunken. Das war der Tiefpunkt, nach dem vor dem Hintergrund eines leichten Rückgangs bei den Beschäftigungszahlen eine Erholung einsetzte. Eine ähnliche Entwicklung war in den ölverarbeitenden Unternehmen zu beobachten: Die Löhne und Gehälter erreichten im Mai 2022 einen Tiefpunkt, wonach im Juli wieder eine Erholung erfolgte. Am schlechtesten stellt sich die Situation in der Holzverarbeitung dar; dort sind die Löhne und Gehälter innerhalb eines Jahres um über 20 Prozent zurückgegangen.

Um zu verstehen, auf welche Weise eine Anpassung an die Sanktionen erfolgte, werden im Folgenden einige Branchen etwas eingehender betrachtet.

Kalidünger

Die Probleme mit dem Export von Kaliprodukten hatten schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine eingesetzt. Im Februar 2022 hatte Vilnius wegen der politischen Situation in Belarus und der Migrationskrise begonnen, den Transit belarusischen Kalis durch Litauen zu blockieren. Das bedeutete einen ersten Schlag für Belarus, weil sämtliche Kaliexporte des Landes, die im Schnitt jährlich 10–12 Millionen Tonnen umfassten, über den Hafen von Klaipėda liefen. Eine kurze Zeit schien es, dass Belarus die Exportströme umlenken könnte, nämlich über ukrainische Häfen. Mit Beginn des Krieges jedoch wurde dies unmöglich. Zudem führte der russische Einmarsch in die Ukraine zu einer erheblichen Ausweitung der Sanktionen gegen diese Branche.

Gleichwohl sind die die wichtigsten Abnehmer von belarusischem Kalidünger (Brasilien, Indien, China) weiterhin zum Kauf bereit – ungeachtet der politischen Risiken und der Probleme mit der komplizierter gewordenen Logistik. Nachdem der Weg über Klaipėda nun versperrt ist, zählt Minsk auf eine Hilfe Russlands bei der Organisation der Transporte. Trotz wiederholter Ankündigungen ist jedoch mit dem Bau eines belarusischen Schüttgutterminals in Russland immer noch nicht begonnen worden. Allerdings konnte Belarus wenigstens den Gütertransport auf der Schiene nutzen, um Lieferungen in Richtung China zu organisieren.

Minsk hält zwar die Daten zum Export von Kalidünger unter Verschluss, doch ergeben die gespiegelten Daten der importierenden Länder, dass die Lieferungen nach Brasilien und Indien erheblich zurückgegangen sind, während das Volumen der Verkäufe nach China im Großen und Ganzen aufrechterhalten werden konnte. Eine gewisse Rolle hatte hier die günstige Konjunktur gespielt: Durch den Preisanstieg bei Dünger gelang es Belarus, die beträchtlich gestiegenen Logistikkosten zu kompensieren, ohne die Bedingungen für Abnehmer zu verschlechtern oder Verluste zu machen. Jetzt sind die Kalipreise jedoch gesunken, und die Frage, ob

die Anlieferung auf der Schiene gewinnbringend bleibt, wird immer aktueller.

Ölverarbeitung

Da es sich hier um eine der wichtigsten Branchen handelt, die von den Sanktionen betroffen sind, unternimmt die Regierung Anstrengungen, sie zu umgehen. Der wichtigste Schritt war hier, dass Minsk am 3. Oktober ein Dokument zur Ausweitung der Integration unterzeichnete, durch das die Wirkung des russischen »Steuermanövers« auf Belarus ausgedehnt wurde. Belarusische Produzenten können ihre Erzeugnisse auf dem russischen Markt jetzt zu den gleichen Bedingungen verkaufen wie russische Unternehmen. Dadurch wird der belarusische Staatshaushalt im laufenden Jahr 600 Millionen US-Dollar an Subventionen einnehmen.

Inwieweit dies der belarusischen ölverarbeitenden Industrie helfen wird, die Auswirkungen der Sanktionen auszubügeln, ist bislang unklar. »Naftan« berichtet aktuell, dass das Jahr mit einer Rentabilität von vier Prozent abgeschlossen wurde, und das man damit rechnen, 2023 auf dem Niveau des letzten Quartals 2022 wirtschaften zu können. Das bedeutet, dass die durchschnittliche Auslastung des Unternehmens bei etwas weniger als sechs Millionen Tonnen liegen dürfte, gegenüber früheren 9–12 Millionen Tonnen; die Rentabilität dürfte minimal ausfallen.

Holzverarbeitung

Diese Branche hat sehr viel stärker unter den Sanktionen gelitten als die Kali- und ölverarbeitende Industrie, da sie den europäischen Markt verlor und sich nicht auf den russischen Markt umorientieren kann, weil es hier keinen Bedarf für belarusische Erzeugnisse gibt. Für einen Markteintritt in Russland müsste man dort unbesetzte Nischen ausfindig machen, Produkte mit Alleinstellungsmerkmal herstellen oder raffinierte Marketingansätze entwickeln. Bretter mittlerer Qualität lassen sich dort nur zu Dumpingpreisen verkaufen. Auf der Makroebene könnte ein solcher Ansatz allerdings nicht den Verlust des europäischen Marktes kompensieren. In den Medien wurden Recherchen über Methoden veröffentlicht, bei denen das Holz Belarus offiziell nicht verlässt, aber als Holz aus Kasachstan oder Kirgisistan ausgezeichnet wird und doch in die EU exportiert wird. Doch selbst ein erfolgreicher Einsatz solcher Methoden würde nicht mehr als 10 Prozent der Verluste durch den Wegfall des europäischen Marktes ausgleichen.

Wirtschaftsbeziehungen zur Ukraine

Die Rolle, die Belarus beim russischen Einmarsch in die Ukraine spielt, hat dazu geführt, dass der Zugang zum ukrainischen Markt versperrt ist, auf den 2021 rund 14 Prozent der belarusischen Exporte entfallen waren,

darunter ein beträchtlicher Anteil der exportierten Ölprodukte. Nachdem die Europäische Union wegen der gefälschten Wahlen von 2020 und der anschließenden Repressionen Sanktionen gegen Belarus verhängt hatte, konnte die Ukraine die Rolle eines alternativen Marktes wie auch eines Transitknotens übernehmen. Nach dem Beginn des Krieges wurde das unmöglich.

Die Ukraine hat zwar gegen Belarus kein formales Embargo wie gegen Russland verhängt, doch ist praktisch der gesamte Handel zwischen den beiden Ländern zum Erliegen gekommen. Und die Aussichten, dass der Handel vor einem Kriegsende wieder aufgenommen wird, sind trübe.

Einbruch im IT-Sektor

Der IT-Sektor war kurz vor Beginn der politischen Krise 2020 zu einer Triebkraft der belarusischen Wirtschaft geworden. Die Branche war dann zwar nicht direkt von den Sanktionen betroffen, doch verschlechterte sich die Lage dort erheblich. Vor dem Krieg lagen die Wachstumsraten in der IT-Wirtschaft bei rund 10 Prozent jährlich, und die Beschäftigungszahlen beliefen sich auf über 100.000. Nach dem 24. Februar 2022 sind viele Entwickler von IT-Produkten, die trotz der politischen Krise in Belarus geblieben waren, gleichwohl abgewandert. Einer der wichtigsten Gründe hierfür war der Wunsch, in den Augen von Partnern und Investoren als »toxisch« zu gelten. Das Unternehmen »Flo« beschloss wenige Tage nach Beginn des russischen Einmarsches, den Standort zu wechseln. Auch »Wargaming«, das zu den Ursprüngen der belarusischen IT-Wirtschaft gehört, hat sich vom belarusischen Markt verabschiedet.

Für die Outsourcing-Firmen ist der Imageschaden nicht ganz so groß wie für die IT-Entwickler, doch gab es auch in deren Tätigkeit ernste Veränderungen. »EPAM Systems« hat die Einstellung neuer Mitarbeiter*innen gestoppt und den derzeitigen Mitarbeiter*innen intensiv ein Programm für einen Standortwechsel vorgelegt, was dazu führte, dass die Belegschaft dieses Unternehmens in Belarus geschrumpft ist.

In den großen und mittleren Unternehmen des IT-Sektors, zu denen eine operative Statistik verfügbar ist, gingen die Beschäftigungszahlen 2022 um 25 Prozent zurück: Waren zu Beginn des Jahres in diesen Firmen noch rund 55.000 Menschen beschäftigt, belief sich die Abwanderung von Mitarbeiter*innen in den ersten zehn Monaten des Jahres auf 14.000 Personen. Diese Entwicklung erfolgte anstelle der traditionellen jährlichen Zunahme um 5-10.000 Mitarbeiter*innen. Die Abwanderung hat sich zwar verlangsamt, doch könnte die jüngste Entscheidung, IT-Unternehmer mit Geldstrafen zu belegen, wenn sie 2020 an oppositionelle Stiftungen gespendet haben, diesem Prozess eine neue Dynamik verleihen.

Die IT-Wirtschaft, die noch vor kurzem eine Triebkraft für Wirtschaftswachstum gewesen war, hat das BIP insgesamt um rund einen Prozentpunkt heruntergezogen: Das Entscheidende aber ist: Belarus hat seine einzige Triebkraft für Wirtschaftswachstum verloren – also eine Branche, die sich dynamisch entwickelte –, und es verliert dadurch technische Kompetenzen.

Gewachsene Abhängigkeit von Russland

Russland und Belarus halten die Daten zum Außenhandel unter Verschluss. Wir können lediglich das Volumen der Importe und Exporte sehen, die physischen Volumina werden nicht veröffentlicht. Das geldmäßige Volumen des Handels zwischen den beiden Ländern hat merklich zugenommen, auch wenn das für Belarus keine vollständige Kompensation der Verluste durch den Wegfall der Märkte in Europa und der Ukraine bedeuten. Es gibt immerhin Daten, die mittelbar aufzeigen, dass wenn es eine Zunahme des Volumens gab, diese allerdings nicht besonders groß war. Es ist wohl eher so, dass eine Zunahme der Exporte weniger auf einen gestiegenen physischen Umfang der Lieferungen zurückzuführen ist, als vielmehr aufgrund von Preissteigerungen bei Lebensmitteln, die eine der wichtigsten Komponenten der Exporte nach Russland darstellen.

Die Situation ist auch dadurch eine ungewöhnliche, dass Belarus zum ersten Mal seit vielen Jahren im Handel mit Russland jetzt eine positive Bilanz aufweist. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies auf den Rückgang der Öllieferungen aus Russland zurückzuführen ist. Der erfolgte aufgrund der wegen der Sanktionen geringeren Nachfrage nach belarusischen Ölprodukten. Für die Handelsbilanz könnte auch eine Rolle gespielt haben, dass es einen Übergang zur gegenseitigen Verrechnung in russischen Rubeln gab.

Auf jeden Fall ist 2022 der Anteil der belarusischen Exporte, die nach Russland gingen, beträchtlich gestiegen. Er lag erstmals seit vielen Jahren bei über 70 Prozent. Wir beobachten heute, dass nicht nur bei den Exporten die Abhängigkeit zunimmt, sondern auch die finanzielle Abhängigkeit. Belarus hat im vergangenen Jahr eine Neustrukturierung eines Teils seiner Schulden erreicht und hat sich bereits erneut mit einer ähnlichen Bitte an Russland gewandt. Darüber hinaus wurde Minsk ein Kredit für Maßnahmen zur Importsubstitution gewährt. In der gegenwärtigen Situation sind das zwar keine großen Gelder, doch andere Finanzierungsquellen gibt es für Belarus nicht.

Ein beunruhigendes Signal, das nicht nur die gewachsene Abhängigkeit von Russland belegt, sondern auch einen teilweisen Verlust seiner Souveränität, war die Unterzeichnung des Unionsprogramms über mittelbare Besteuerung im Oktober 2022. Es ist das einzige Programm des Unionsstaates, das nicht nur die

Schaffung einer supranationalen Behörde vorsieht, sondern auch der russischen Steuerverwaltung Zugang zu den Transaktionen sämtlicher belarusischer Steuerzahler verschafft. Das Programm war vollständig mit Minsk abgestimmt, da es nur so möglich war, den Erhalt von Subsidien im Rahmen des russischen Steuermanövers zu erreichen.

Erwartungen in der Gesellschaft zur wirtschaftlichen Lage und Entwicklung

Bei Umfragen erreichte die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage im April 2022 einen Tiefpunkt, danach verbesserten sich die wirtschaftlichen Erwartungen, weil die Belarus*innen nun den russischen Rubel als wichtigsten Indikator für den Zustand der Wirtschaft betrachten. Als der Rubelkurs sich erholte, dachten viele, das Schlimmste sei vorbei.

Zudem gingen die Reallöhne nur um zwei Prozent zurück, einen stärkeren Rückgang gab es nur in einigen wenigen Branchen. Die Rezession hat bislang noch nicht zu einem größeren Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Der Rückgang der Beschäftigungszahlen, den wir beobachten, erfolgt vor allem aufgrund der alternden Bevölkerung und der Emigration eines Teils der Arbeitskräfte.

Auch wenn sich die wirtschaftlichen Erwartungen der Belarus*innen zwar verbessern, können wir anhand der Daten erkennen, dass der Optimismus in der Bevölkerung in Wirklichkeit nicht groß ist. So fiel der Rückgang der Umsätze im Einzelhandel sehr viel beträchtlicher aus als der Rückgang der Reallöhne. Das bedeutet,

dass die Menschen ihr Geld lieber zurückhalten und für schwerere Zeiten aufheben.

Wirtschaftsaussichten

Ungeachtet des Umstands, dass sich die Wirtschaft bis Ende 2022 besser an die Sanktionen angepasst hat als erwartet, dürfte 2023 wohl kaum eine Erholung möglich sein. Wenn die belarusischen Exporte 2022 noch von den hohen Weltmarktpreisen für Kalidünger und Nahrungsmittel gestützt wurden, ist das heute nicht mehr zu erwarten.

Die Wirtschaft in Russland hat jetzt erhebliche Probleme, nachdem die Ölpreise gedeckelt wurden. Und wir können im laufenden Jahr von einer weiteren Verstärkung des Rückgangs ausgehen, was sich zweifellos auch auf Belarus auswirken dürfte.

Ein weiterer Indikator ist der Umfang der Investitionen. Er lag 2022 um 30 Prozent unter dem Niveau von 2019. Dieser erhebliche Rückgang bedeutet, dass die wirtschaftlichen Akteure nicht an ein langfristiges Wachstum glauben. Es werden weiterhin neue Sanktionen gegen Belarus verhängt, was die Aussichten auf Wirtschaftswachstum zusätzlich trüben wird. Wenn sich Minsk politisch nicht bewegt, um wenigstens einen Teil der Sanktionen abzuschütteln, werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach einen Niedergang der Wirtschaft erleben. Und mit der Zeit dürfte das auch im Leben der gewöhnlichen Belarus*innen spürbar werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Kateryna Bornukova* ist wissenschaftliche Direktorin des belarusischen Wirtschaftsforschungszentrums BEROC. Sie hat in Odessa, Kyjiw und Madrid studiert und war als Gastprofessorin an der Kyjiw School of Economics tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Makroökonomie, Angebot von Beschäftigten, Unternehmenszyklen und die Partizipation weiblicher Arbeitskräfte.

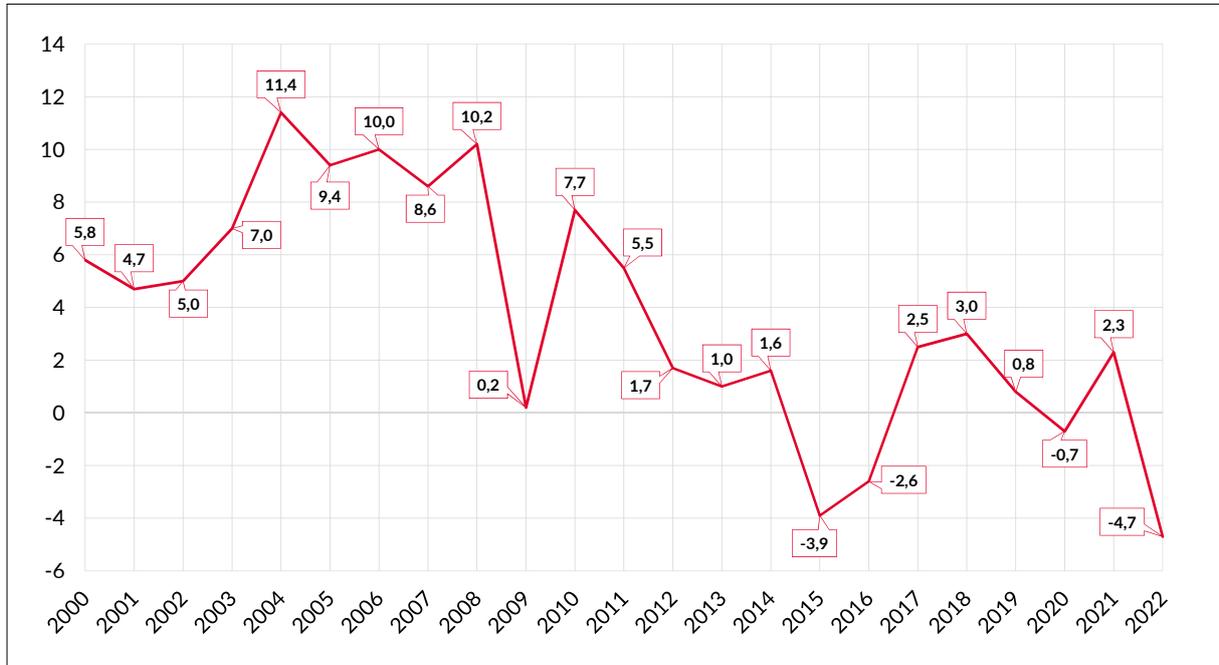
Bibliografie

- Cerniauskas, S.; Ratmirova, O.; Viaznikoutsava, K.; Yarashevich, A.; Dauksza, J. (2022). Traders Are Sneaking Banned Russian and Belarusian Wood Into the EU By Pretending It's From Central Asia, 20.12.2022; <https://www.occrp.org/en/investigations/traders-are-sneaking-banned-russian-and-belarusian-wood-into-the-eu-by-pretending-its-from-central-asia>
- Miadzvetskaya, Y. (2020). Die Abstimmung der EU-Sanktionsregime gegen Belarus und Russland. Belarus-Analysen 63, 18.11.2022; <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/63/die-abstimmung-der-eu-sanktionsregime-gegen-belarus-und-russland/>
- Shraibman, A. (2019). Belarus und Russland: Brüderlicher Zusammenschluss? Belarus-Analysen 42, 29.03.2019; <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/42/>

STATISTIK

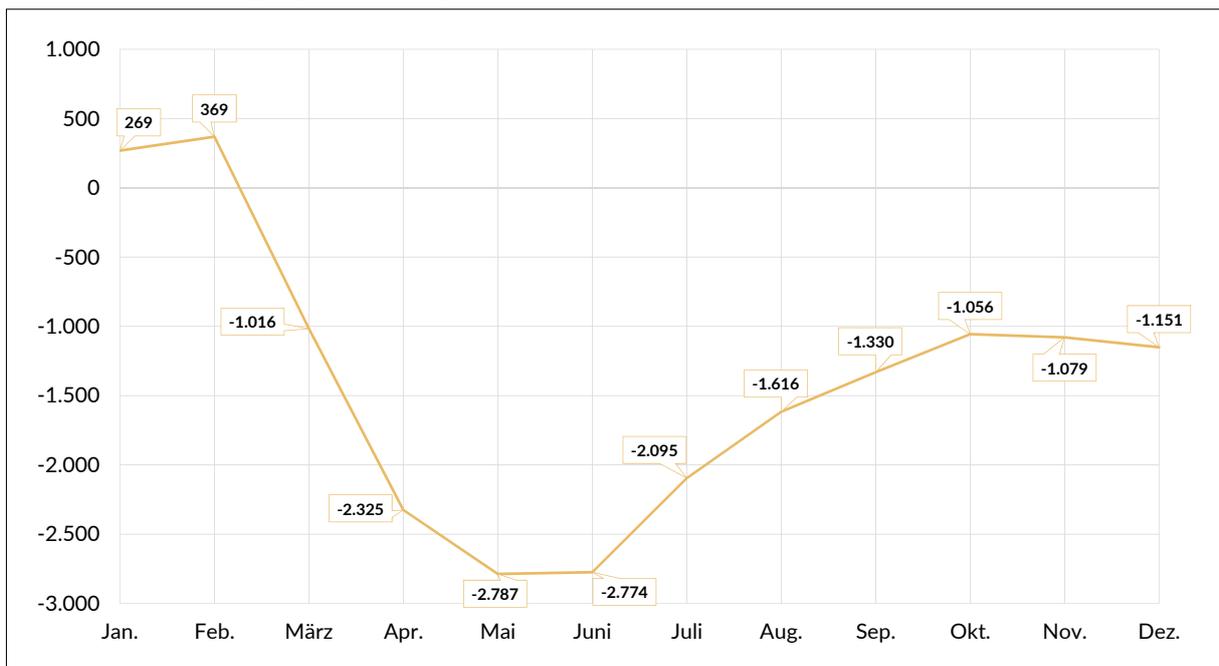
Belarusische Wirtschaft

Grafik 1: BIP-Wachstum in Belarus (in %, nach Jahren)



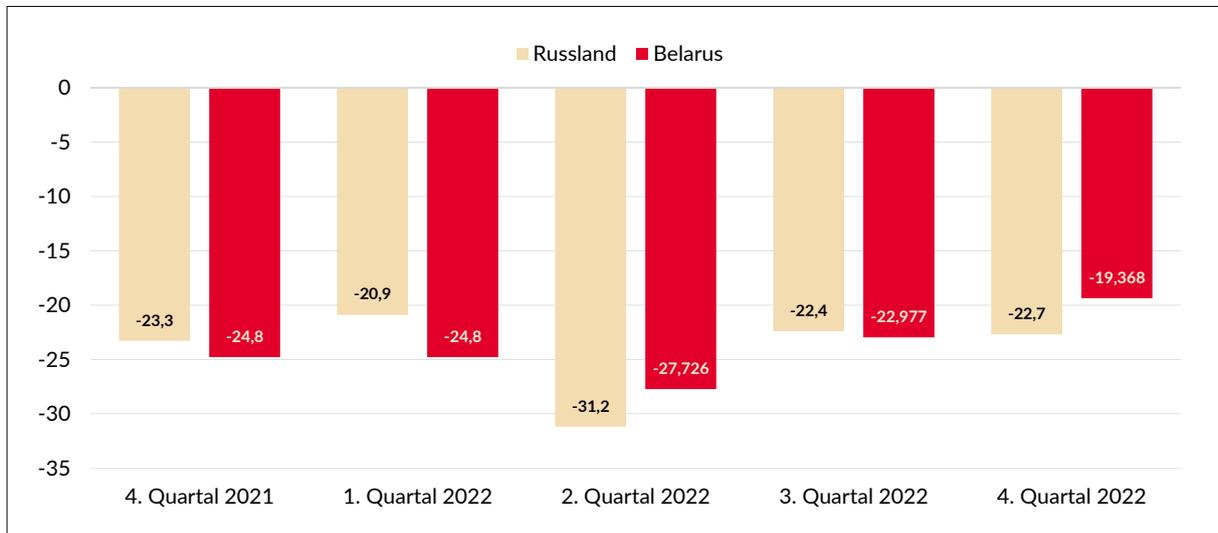
Quelle: Die Grafik wurde von der Autorin auf der Basis der Daten des Nationalen Statistischen Komitees von Belarus erstellt; <http://dataportal.belstat.gov.by/Indicators/Preview?key=212296>

Grafik 2: Beschäftigungsentwicklung im IT-Bereich im Jahr 2022 (Nettozufluss /-abfluss (Personen))



Quelle: Die Grafik wurde von der Autorin auf der Basis der Daten des Nationalen Statistischen Komitees von Belarus erstellt; <http://dataportal.belstat.gov.by/Indicators/Preview?key=153148>

Grafik 3: Verbrauchervertrauensindex* in Belarus und Russland



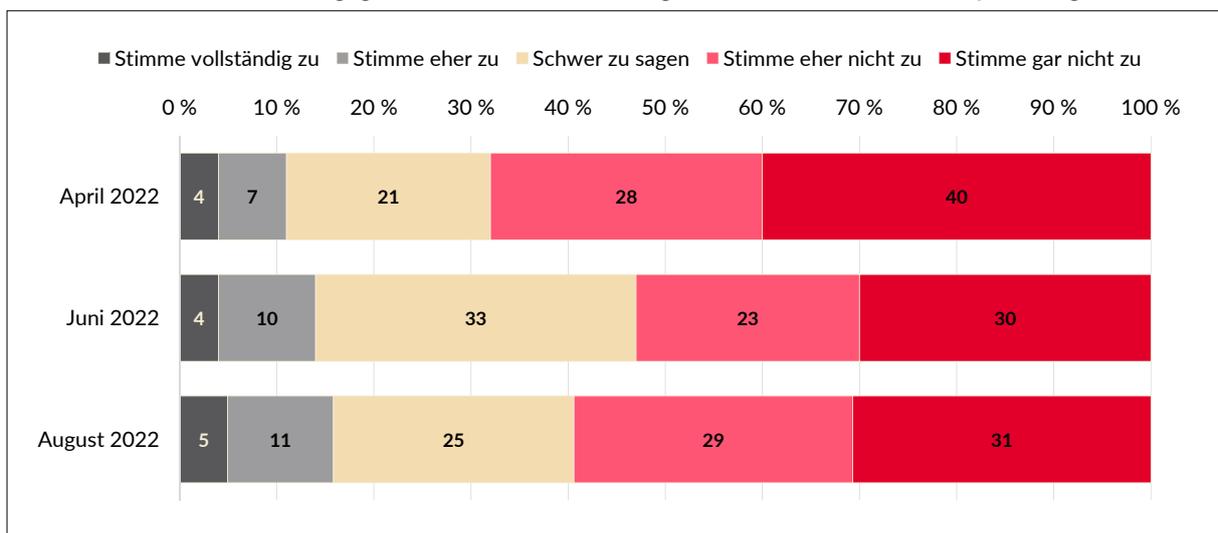
* Der Verbrauchervertrauensindex bildet den arithmetischen Durchschnitt der Salden zu vier Fragen ab (finanzielle Situation der Haushalte, allgemeine wirtschaftliche Lage, erwartete Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Sparverhalten), jeweils bezogen auf die kommenden zwölf Monate. Ein positiver Wert bedeutet, dass die Verbraucher:innen die wirtschaftliche Situation optimistisch bewerten; ein negativer Wert, dass die Situation pessimistisch bewertet wird.

Quelle: Monitoring der Wirtschaft von Belarus: Trends, Stimmungen und Erwartungen. Haushalte; BEROC, November 2022, S. 2 (auf Russisch); <https://beroc.org/upload/medialibrary/f79/f7974b30519229950bccb68c939f846d.pdf>

UMFRAGEN

Wahrnehmung der Sanktionen (Chatham House)

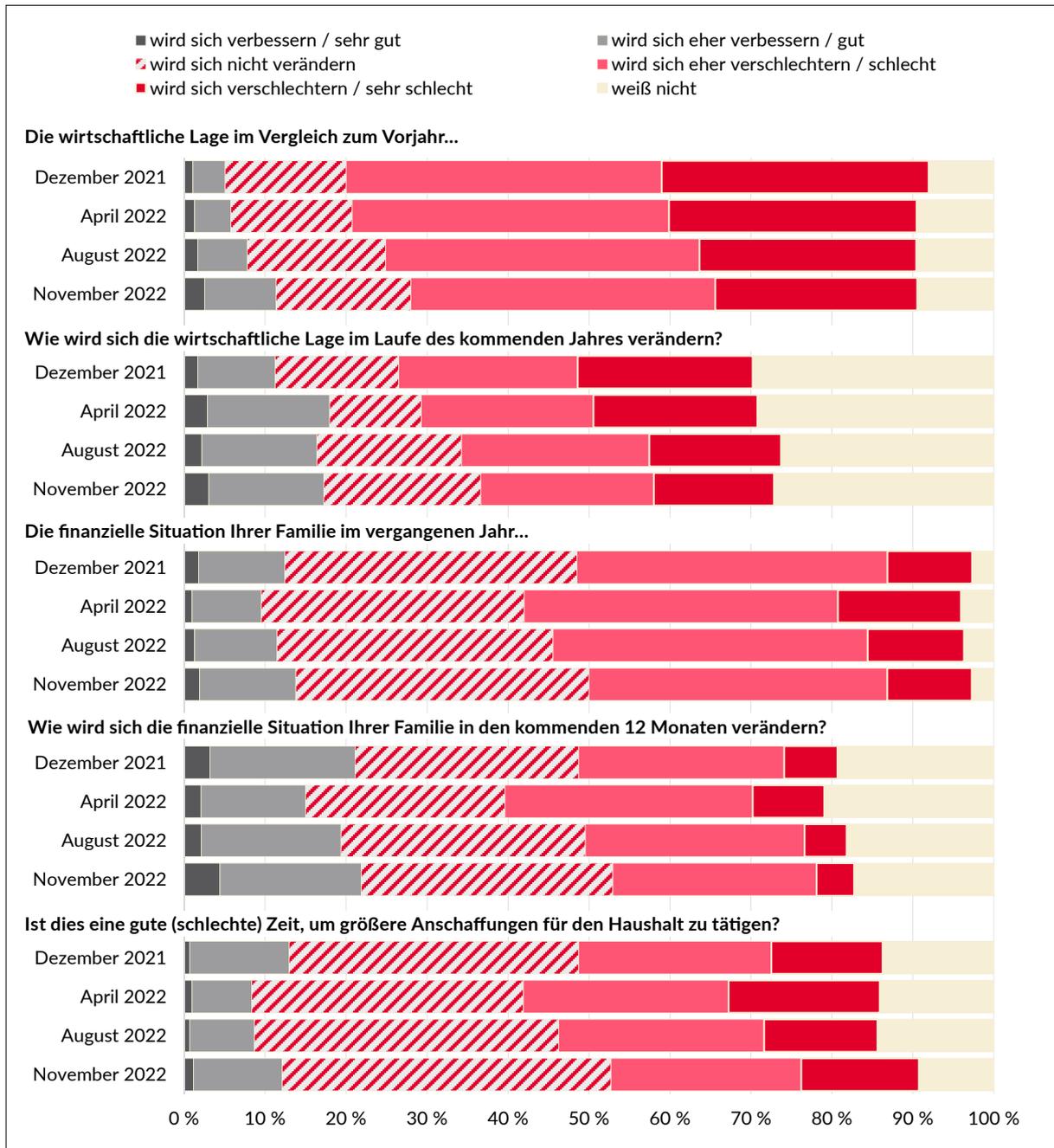
Grafik 1: Wahrnehmung des Krieges: Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
»Die Sanktionen gegen Belarus werden die Bürger:innen nicht treffen« (% , April – August 2022)



Quelle: How Belarusians' views on the war have changed over six months, Chatham House, 2022, S. 8; <https://drive.google.com/file/d/1SmU-UIEpk9qYzYEBpWlyhVEXK7L4-3e8/view>; befragt wurde eine städtische Bevölkerung

Verbrauchervertrauensindex und Arbeitslosigkeit (BEROC)

Grafik 1: Komponenten des Verbrauchervertrauensindex* in Belarus in 2021–2022 (%)



* Der Verbrauchervertrauensindex bildet den arithmetischen Durchschnitt der Salden zu vier Fragen ab (finanzielle Situation der Haushalte, allgemeine wirtschaftliche Lage, erwartete Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Sparverhalten), jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate. Ein positiver Wert bedeutet, dass die Verbraucher:innen die wirtschaftliche Situation optimistisch bewerten; ein negativer Wert, dass die Situation pessimistisch bewertet wird.

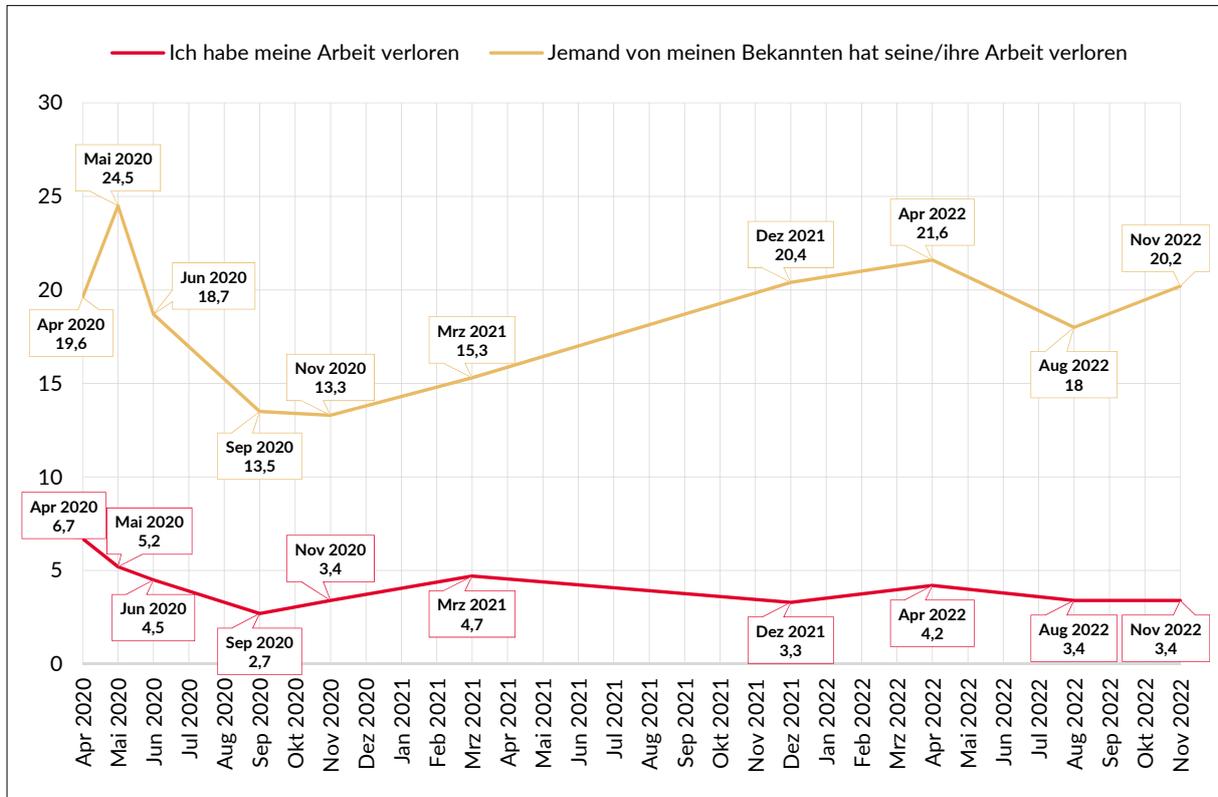
Quelle: Monitoring der Wirtschaft von Belarus: Trends, Stimmungen und Erwartungen. Haushalte; BEROC, November 2022, S. 5 (auf Russisch); <https://beroc.org/upload/medialibrary/f79/f7974b30519229950bccb68c939f846d.pdf>; befragt wurde eine städtische Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

Tabelle 1: Komponenten des Verbrauchervertrauensindex* in Belarus in 2021–2022 (%)

	wird sich verbessern / sehr gut	wird sich eher verbessern / gut	wird sich nicht verändern	wird sich eher verschlechtern / schlecht	wird sich verschlechtern / sehr schlecht	weiß nicht
Die wirtschaftliche Lage im Vergleich zum Vorjahr...						
Dezember 2021	1,1	4,0	14,9	38,9	33,0	8,1
April 2022	1,3	4,5	15,0	39,1	30,6	9,5
August 2022	1,7	6,1	17,1	38,8	26,8	9,6
November 2022	2,5	8,8	16,6	37,6	24,9	9,5
Wie wird sich die wirtschaftliche Lage im Laufe des kommenden Jahres verändern?						
Dezember 2021	1,7	9,6	15,2	22,1	21,6	29,8
April 2022	2,9	15,1	11,3	21,3	20,3	29,2
August 2022	2,2	14,2	17,9	23,2	16,3	26,3
November 2022	3,1	14,2	19,4	21,4	14,8	27,2
Die finanzielle Situation Ihrer Familie im vergangenen Jahr...						
Dezember 2021	1,8	10,7	36,1	38,3	10,5	2,7
April 2022	1,0	8,5	32,5	38,7	15,2	4,1
August 2022	1,3	10,2	34,1	38,9	11,9	3,7
November 2022	1,9	11,9	36,2	36,8	10,4	2,7
Wie wird sich die finanzielle Situation Ihrer Familie in den kommenden 12 Monaten verändern?						
Dezember 2021	3,2	17,9	27,6	25,4	6,6	19,3
April 2022	2,1	12,9	24,6	30,6	8,8	21,0
August 2022	2,1	17,3	30,2	27,1	5,2	18,2
November 2022	4,4	17,5	31,1	25,2	4,6	17,3
Ist dies eine gute (schlechte) Zeit, um größere Anschaffungen für den Haushalt zu tätigen?						
Dezember 2021	0,7	12,3	35,8	23,8	13,7	13,7
April 2022	1,0	7,3	33,6	25,3	18,7	14,1
August 2022	0,7	8,0	37,6	25,4	14,0	14,4
November 2022	1,2	10,9	40,6	23,5	14,5	9,3

* Der Verbrauchervertrauensindex bildet den arithmetischen Durchschnitt der Salden zu vier Fragen ab (finanzielle Situation der Haushalte, allgemeine wirtschaftliche Lage, erwartete Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Sparverhalten), jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate. Ein positiver Wert bedeutet, dass die Verbraucher:innen die wirtschaftliche Situation optimistisch bewerten; ein negativer Wert, dass die Situation pessimistisch bewertet wird. Quelle: Monitoring der Wirtschaft von Belarus: Trends, Stimmungen und Erwartungen. Haushalte; BEROС, November 2022, S. 5 (auf Russisch); <https://beroc.org/upload/medialibrary/f79/f7974b30519229950bccb68c939f846d.pdf>; befragt wurde eine städtische Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

Grafik 2: Wie hoch ist der Anteil der Arbeitslosen?
(Prozentsatz derjenigen, die einen Arbeitsplatzverlust vermelden)



Quelle: Monitoring der Wirtschaft von Belarus: Trends, Stimmungen und Erwartungen. Haushalte; BEROC, November 2022, S. 10 (auf Russisch); <https://beroc.org/upload/medialibrary/f79/f7974b30519229950bccb68c939f846d.pdf>; befragt wurde eine städtische Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren

CHRONIK

01. September – 30. November 2022

01.09.2022	Jocelyn Kinnear, kanadische Botschafterin und ständige Vertreterin bei der OSZE, gibt anlässlich des zweiten Jahrestages der gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus eine Erklärung ab, auch im Namen von Albanien, Island, Moldau, Norwegen, der Ukraine und dem Vereinigten Königreich. In der gemeinsamen Erklärung wird zur Umsetzung der Empfehlungen des Berichts des Berichterstatters der OSZE unter dem Moskauer Mechanismus vom 5. 11. 2020 aufgerufen. Der Bericht enthält 65 Empfehlungen an die belarusische Regierung, darunter die Abhaltung von Neuwahlen, ein sofortiges Ende der Gewalt und die Freilassung aller rechtswidrig aus politischen Motiven Inhaftierten.
06.09.2022	Die EU werde keine Visabeschränkungen für Belarus:innen einführen, erklärt Franak Wjatschorka, Berater von Swjatlana Zichanouskaja. Bürger:innen von Belarus würden von der Liste von Staatsangehörigen genommen, für die ein vereinfachtes Visaregimes aufgehoben wurde, so Wjatschorka.
06.09.2022	Lettland stellt mit Wirkung vom 19. September 2022 die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für belarusische Bürger:innen ein. Diese Einschränkung gilt nicht für Personen, die sich längere Zeit in Lettland aufhalten. Ausnahmen bestehen auch für ehemalige Studierende oder Wissenschaftler:innen, die anschließend in Lettland bleiben wollen, für Personen, die das Recht erhalten haben, in Lettland zu arbeiten, die Steuern gezahlt haben für Führungskräfte von in Gründung befindlichen Startup-Unternehmen sowie für Personen, die internationalen Schutz beantragen.
06.– 08.09.2022	Evelina Schulz, die Geschäftsträgerin in der EU-Vertretung in Belarus, wird bei einem politisch motivierten Gerichtsprozess in Minsk am 6. September festgenommen und von der Polizei etwa zwei Stunden lang festgehalten. Die Inhaftierung von Evelina Schulz in Belarus verstoße schwer gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung von Juozas Olekas, Europaabgeordneter und Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Belarus, und Petras Auštrevičius, Europaabgeordneter und ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Belarus, vom 8. September. Es wird zu einer entschlossenen Reaktion der Europäischen Union aufgerufen, nämlich zu einer raschen Verringerung der Zahl der in Brüssel akkreditierten belarusischen Diplomaten sowie zu einer Überprüfung der diplomatischen Präsenz der EU in Belarus.
07.09.2022	Das Vereinigte Übergangskabinett von Belarus verabschiedet seine erste Resolution, und zwar über den »Schutz der Unabhängigkeit und Souveränität von Belarus«. Das Kabinett beschließt, die Wiederherstellung und den Schutz der Souveränität des Landes als vorrangig zu betrachten. Desweiteren wird der Abzug des russischen Militärpersonals vom Hoheitsgebiet von Belarus gefordert. Der Ukraine solle »jede erdenkliche Hilfe« geleistet werden, und die Vertretung der Interessen von Belarus auf internationaler Ebene müsse sichergestellt werden.
08.09.2022	Das belarusische Innenministerium gibt bekannt, dass das Vereinigte Übergangskabinett von Belarus als »extremistische Formation« eingestuft wird. Die Entscheidung sei vom belarusischen Geheimdienst KGB am 30. August getroffen worden.
08.09.2022	Swjatlana Zichanouskaja gibt bekannt, dass der Europarat demnächst eine Kontaktgruppe für die Zusammenarbeit mit Vertreter:innen der demokratischen Kräfte und der Zivilgesellschaft von Belarus einrichten wird. »Unser Endziel ist der Beitritt von Belarus zum Europarat«, so Zichanouskaja.
08.09.2022	Oleksij Arestowjtsch, Berater des ukrainischen Präsidialbüros, sichert Swjatlana Zichanouskaja bei einem Treffen zu, dass das ukrainische Volk kein ukrainisches Geschoss auf belarusisches Territorium fallen sehen möchte.
08.– 14.09.2022	In Belarus finden in der Nähe der Grenze zu Polen Militärmanöver der belarusischen Streitkräfte statt.
14.09.2022	Die Staatsduma der Russischen Föderation ratifiziert die Protokolle über eine Verlängerung der Nutzung russischer Militäreinrichtungen auf dem Territorium von Belarus (das Radarzentrum in Baranawitschy und das Kommunikationszentrum der Marine in Wilejka) um weitere 25 Jahre. Die Vereinbarungen waren im Januar 1995 geschlossen und im Mai 2021 ausgelaufen, wurden aber seitdem weiter von beiden Seiten genutzt.
15.09.2022	Das lettische Parlament setzt aufgrund der Beteiligung von Belarus am russischen Krieg gegen die Ukraine drei bilaterale Abkommen mit Belarus mit Wirkung vom 10. Oktober aus. Dieser Beschluss betrifft Dokumente zu Reiseerleichterungen für Personen, die im jeweiligen Grenzgebiet ansässig sind, die gegenseitige Amtshilfe in Zollangelegenheiten und Flugverbindungen.
15.– 16.09.2022	Aljaksandr Lukaschenka nimmt im usbekischen Samarkand an der Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit teil.
15.09.2022	Lettland beginnt den Bau eines 173 Kilometer langen Zauns an der Grenze zu Belarus.

17.09.2022	Es sei das Ziel der Vereinigten Staaten von Amerika, Russland zu schwächen und Belarus zu zerstören, erklärt Lukaschenka. Offizielle Stellen in Washington haben wiederholt eine Unterstützung für die belarussische Souveränität erklärt. Gleichzeitig erkennen die USA Lukaschenka aufgrund der Fälschung der Abstimmungsergebnisse bei den Wahlen von 2020 nicht als Präsidenten an.
17.09.2022	Swjatlana Zichanouskaja schreibt in einem Artikel für die britische Zeitung »The Guardian«, Lukaschenka sei in Belarus sehr unbeliebt und viel schwächer als viele glauben. »Er wird von nicht mehr als 25 % der Bevölkerung unterstützt, hauptsächlich von Rentner:innen, Beamte:innen und Mitarbeiter:innen von Strafverfolgungsbehörden, die vom Staat abhängig sind«, so Zichanouskaja.
19.– 26.09.2022	Auf der 77. Sitzung der UN-Vollversammlung wird das »offizielle« Belarus durch Außenminister Uladsimir Makej vertreten. Swjatlana Zichanouskaja wird ebenfalls eingeladen und vertritt die demokratischen Kräfte von Belarus.
21.09.2022	Es werde noch keine Mobilisierung in Belarus geben, erklärt Aljaksandr Wolfawitsch, Generalstabschef und Staatssekretär des Sicherheitsrates von Belarus. Derweil kündigt Putin in Russland eine Teilmobilmachung an.
22.09.2022	Am Rande der UN-Vollversammlung trifft sich Swjatlana Zichanouskaja mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Zichanouskaja fordert dazu auf, Druck auf Lukaschenka auszuüben und die Sanktionen gegen Belarus nicht aufzuheben.
22.09.2022	Das Parlament von Lettland verschärft für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Bürger:innen von Belarus die Voraussetzungen.
23.09.2022	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej ist der Ansicht, dass Belarus beim Krieg gegen die Ukraine zu Unrecht als Komplize des Aggressors bezeichnet oder »rundum als Konfliktpartei dargestellt wird«. Gleichzeitig erklärt Belarus verantwortungsbewusst, dass kein einziger belarussischer Soldat, kein einziges Militärggerät für eine Beteiligung an den Feindseligkeiten in die Ukraine geschickt worden sei, so Makej während der 77. Sitzung der UN-Vollversammlung.
24.09.2022	Uzra Zeya, Under Secretary of State (Abteilungsleiterin) für zivile Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte im US-amerikanischen Außenministerium, trifft sich mit Swjatlana Zichanouskaja. Besprochen wird die Bereitstellung von Hilfe für die Repressierten in Belarus und für Vertreter:innen von belarussischen NGOs.
25.09.2022	Die Schuld für das anhaltende Blutvergießen in der Ukraine müsse vollständig dem kollektiven Westen angelastet werden, erklärt der belarussische Außenminister Uladsimir Makej auf der 77. Sitzung der UN-Vollversammlung.
25.– 27.09.2022	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit Wladimir Putin in Sotschi. Nach Angaben der russischen Seite werden u. a. die »Referenden« in den besetzten Gebieten der Ukraine erörtert. Auf dem von russischen Streitkräften besetzten Territorium der ukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschje und Cherson hatten unter dem Druck von bewaffneten Personen »Referenden« über einen Beitritt zur Russischen Föderation stattgefunden.
26.09.2022	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej schließt eine Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus nicht aus, »wenn die Situation dies erfordert«.
28.09.2022	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich im abchasischen Pizunda mit dem Oberhaupt der international nicht anerkannten Republik Abchasien, Aslan Bshanija. »Abchasien darf nicht alleinlassen werden; wir müssen Abchasien helfen«, erklärt Lukaschenka. Die georgische Präsidentin Salome Surabischwili verurteilt den Besuch Lukaschenkas in Abchasien scharf. »Das ist eine inakzeptable Verletzung des georgischen Gesetzes »Über besetzte Gebiete«, der Grundsätze unserer bilateralen Beziehungen und des Völkerrechts«, erklärt Surabischwili. Der Pressedienst von Lukaschenka bezeichnet die Reise als »einen Besuch von historischen Stätten an der nordöstlichen Küste des Schwarzen Meeres«.
29.09.2022	Peter Stano, leitender außenpolitischer Sprecher der EU-Kommission, verurteilt den Besuch von Lukaschenka in Abchasien. Die Reise »verletze die Souveränität und territoriale Integrität« Georgiens und stelle einen »eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht« dar, so Stano.
30.09.2022	Die USA setzen das belarussische Unternehmen »Swetlahorskchimwalakno« und einige Vertreter der belarussischen Militärführung auf ihre Sanktionsliste. Die Verhängung der Sanktionen gegen »Swetlahorskchimwalakno« erfolgt im Zusammenhang mit der Bereitstellung wichtiger Produkte für die Verteidigungsindustrie Russlands durch das Unternehmen.
03.10.2022	Belarus und zehn weitere Staaten geben vor dem UN-Menschenrechtsrat eine Erklärung ab, in der die »Diskriminierung von Russen und russischsprachigen Einwohnern, die in den letzten Monaten von den Regierungen einer Reihe von Staaten begangen wurde«, verurteilt wird. Das Dokument wurde von Belarus, Bolivien, Venezuela, Iran, China, Myanmar, Nicaragua, Russland, Nordkorea, Syrien und Äthiopien unterstützt.
04.10.2022	Der Verteidigungsminister von Belarus Wiktar Chrenin erklärt, dass es in Belarus keine Mobilisierung geben werde.

04.10.2022	Aljaksand Lukaschenka erklärt, dass die Beteiligung der belarusischen Seite an der »militärischen Spezialoperation« Russlands in der Ukraine »die Ausbreitung dieses Konflikts auf das Territorium von Belarus« sowie »einen Schlag gegen Belarus unter dem Deckmantel einer militärischen Spezialoperation Polens, Litauens und Lettlands« verhindern soll.
05.10.2022	Boris Gryslow, der Botschafter Russlands in Belarus, erklärt, Belarus stelle bei der »militärischen Spezialoperation« den Betrieb des Luftverteidigungssystems sicher und patrouilliere an den Grenzen des Unionsstaates von Russland und Belarus.
04.10.2022	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda. Besprochen werden dabei u. a. die Situation der politischen Gefangenen in Belarus sowie eine mögliche Beteiligung des belarusischen Militärs am Krieg gegen die Ukraine.
06.10.2022	Swjatlana Zichanouskaja trifft sich mit der Premierministerin von Frankreich Élisabeth Borne. Besprochen werden dabei u. a. die politische und diplomatische Unterstützung Frankreichs für das demokratische Belarus, Stipendien für belarusische Studierende in Frankreich sowie Förder- und Austauschprogramme für Kulturschaffende.
06.– 10.10.2022	In Belarus wird ab dem 6. Oktober ein Moratorium auf Preiserhöhungen eingeführt: Juristische Personen aller Eigentumsformen und Einzelunternehmer, die Waren auf dem Inlandsmarkt herstellen (importieren) und/oder verkaufen oder Dienstleistungen auf dem Territorium von Belarus erbringen, dürfen die Preise auf alle Waren und Dienstleistungen nicht erhöhen. Am 10. Oktober erklärt Lukaschenka allerdings, das Verbot solle nur »einige Tage« in Kraft bleiben, bevor ein Preiskontrollsystem entwickelt wird.
07.10.2022	Die Menschenrechtsorganisationen »Memorial« (Russland) und »Center for Civil Liberties« (Ukraine) sowie der belarusische Menschenrechtler und Leiter der Menschenrechtsorganisation »Wjasna«, Ales Bjaljatski (derzeit politischer Gefangener), erhalten gemeinsam den Friedensnobelpreis 2022.
08.10.2022	Der Botschafter der Ukraine in Minsk, Ihor Kisim, wird in das belarusische Außenministerium einbestellt; ihm wird eine diplomatische Note ausgehändigt, in der es heißt, dass die Ukraine einen Angriff auf das Territorium von Belarus vorbereite. »Diese Informationen entsprechen nicht der Realität«, erklärt das Außenministerium der Ukraine hierzu.
10.10.2022	Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin einigen sich auf die Bildung einer gemeinsamen regionalen Truppengruppierung, teilt die belarusische Seite mit. Die Entscheidung sei »im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Situation an den Westgrenzen des Unionsstaates« getroffen worden.
10.10.2022	Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine erklärt, Russland habe die Ukraine von belarusischen Territorium aus mit Hilfe iranischer Drohnen angegriffen.
10.10.2022	Der Pressesprecher des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Peter Stano, erklärt, dass die EU neue Sanktionen gegen das Lukaschenka-Regime verhängen werde, wenn es das Land noch tiefer in den Krieg gegen die Ukraine hineinzieht. Die EU fordert das Regime in Minsk auf, sein Vorgehen unverzüglich einzustellen, bei dem Belarus es erlaubt, dass von belarusischem Territorium aus Luftangriffe gestartet werden, einschließlich der jüngsten Raketenangriffe und Drohnenangriffe auf Ziele in der Ukraine.
10.10.2022	Swjatlana Zichanouskaja schlägt Wolodymyr Selenskyj in einer Videobotschaft vor, ein Bündnis mit dem demokratischen Belarus aufzubauen. Das Vereinigte Übergangskabinett von Belarus sei bereit, mit der Ukraine zusammenzuarbeiten und diplomatische und politische Beziehungen aufzunehmen, so Zichanouskaja.
11.10.2022	Dirk Schübel, der Leiter der EU-Delegation in Belarus, legt seinen Posten vorzeitig nieder, weil ihm ein Visum und die Akkreditierung verweigert wurde, teilt der Demokrat auf Facebook mit.
11.10.2022	Der Sicherheitsrat von Belarus beginnt eine Überprüfung der Streitkräfte. Die Prüfung sei »komplexer Natur und deckt die wichtigsten Fragen der Prüfung der Bereitschaft zur vorschriftsgemäßen Erfüllung der Aufgaben ab«, teilt das Verteidigungsministerium mit.
11.10.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj schlägt während eines Gipfeltreffens der G7-Staaten vor, internationale Beobachter an der ukrainisch-belarusischen Grenze zu stationieren. Er betont, dass die Ukraine »keine militärischen Maßnahmen gegen Belarus geplant hat oder plant«.
11.– 14.10.2022	Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Tadschikistan (11.–12. Oktober) und Kasachstan (13.–14. Oktober) auf. Er nimmt am 6. Gipfeltreffen der »Konferenz für Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien« (CICA) und am Treffen des Rates der Staatsoberhäupter der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teil.

11.– 14.10.2022	Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu Arbeitsbesuchen in Brüssel auf und trifft sich u. a. mit der Präsidentin des EU-Parlaments Roberta Metsola. Das Vereinigte Übergangskabinett von Belarus und das Europäische Parlament werden versuchen, ein »besonderes Format« für die bilateralen Beziehungen zu finden, erklärt Zichanouskaja. Ebenso wurde über die Erhöhung der EU-Unterstützung für belarusische Menschenrechtsverteidiger, unabhängige Medien, Wirtschaft und Kultur im Jahr 2023 gesprochen, gab Zichanouskaja bekannt.
12.10.2022	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erwartet, dass das Lukaschenka-Regime aufhören wird, im Krieg gegen die Ukraine ein Komplize Russlands zu sein.
13.10.2022	Die UN-Vollversammlung verurteilt die »Referenden« über die Annexion der besetzten ukrainischen Gebiete durch die Russische Föderation; fünf Länder stimmen gegen die Resolution, nämlich Belarus, Nicaragua, Nordkorea, Russland und Syrien.
13.10.2022	Die Regierung von Flandern übergibt dem Vereinigten Übergangskabinett von Belarus ein Gebäude in Brüssel, um dort eine Vertretung des demokratischen Belarus einzurichten. Uladsimir Astapenka, in den Jahren 2008–2020 Botschafter in einer Reihe lateinamerikanischer Länder, der die Proteste gegen Lukaschenka unterstützte, wird zum Leiter des Büros ernannt.
14.10.2022	Der belarusische Außenminister Uladsimir Makej erklärt, dass Belarus unter das Regime einer »Antiterror-Operation« gestellt wird. Minsk glaube den Behauptungen Kyjiws nicht, dass es keine Pläne gebe, Belarus anzugreifen, so Makej. Laut einer späteren Aussage von Lukaschenka handelt es sich dabei um eine erhöhte terroristische Gefahrenlage.
16.10.2022	Der Präsident des Europäischen Olympischen Komitees, Spyros Capralos, erklärt, dass eine Teilnahme der Sportler:innen aus Belarus und Russland an den Europaspielen 2023 in der aktuellen politischen Situation unmöglich sei.
16.10.2022	Die Gesamtzahl des Militärpersonals aus Russland, das nach Belarus als Teil der gemeinsamen regionalen Truppengruppierung entsandt wird, werde ca. 9.000 betragen, erklärt der Leiter der Abteilung für internationale militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums von Belarus, Waleryj Rawenka.
18.10.2022	Die Weltbank stuft sämtliche an Belarus vergebenen Kredite in die Kategorie der notleidenden (non-performing) Kredite ein. Die Weltbankgruppe hatte bereits am 2. März 2022 seine sämtlichen Programme in Belarus gestoppt; seit Mai 2022 sind dem Land keine neuen Kredite mehr gewährt worden.
18.10.2022	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Minsk mit Alexander Dugin, einem Ideologen des russischen Imperialismus. Lukaschenka beklagt, dass es in Belarus immer noch keine staatliche Ideologie gibt. Allerdings wird in den belarusischen Universitäten der Kurs »Grundlagen der Ideologie des belarusischen Staates« gelehrt, der sich sich auf eine Förderung der Loyalität gegenüber dem derzeitigen Regime und gegenüber Lukaschenka persönlich konzentriert.
19.10.2022	Die Regierung von Belarus legt ein neues Preisregulierungssystem fest: Für Hersteller ist geplant, Preiserhöhungen mit staatlichen Stellen abzustimmen, für Importeure und den Handel ist eine Festlegung von Höchstgrenzen vorgesehen. Zuvor war am 6. Oktober in Belarus ein Moratorium auf Preiserhöhung eingeführt worden.
19.10.2022	Swjatlana Zichanouskaja fordert in einem Artikel für das US-amerikanische Nachrichtenmagazin »Time« den Westen auf, Belarus nicht zu vergessen und konsequent Druck auf Lukaschenkas Regime auszuüben.
21.10.2022	Die Streitkräfte der Ukraine erklärten ihre Bereitschaft, militärische Einrichtungen in Belarus anzugreifen, falls die belarusische Armee den russischen Angriffskrieg unterstützen wird. Dies geht aus einer der Videobotschaft der Kommandos der Streitkräfte der Ukraine an das Militär und die Zivilbevölkerung von Belarus hervor, die in ukrainischen Medien verbreitet wird.
24.10.2022	Belarus tritt offiziell aus der Aarhus-Konvention aus, die eine Beteiligung der Öffentlichkeit und von Privatpersonen bei umweltrelevanten Entscheidungen vorsieht. Am 18. Juli 2022 hatte Belarus seinen Austritt aus der Konvention angekündigt. Der Grund, so Vertreter des Regimes, sei folgender: »Das Land sah sich einer voreingenommenen und diskriminierenden Haltung seitens der Leitungsgremien des Übereinkommens gegenüber.«
25.10.2022	Dmitrij Mesenzew, der Staatssekretär des Unionsstaates von Russland und Belarus, der den Ständigen Ausschuss des Unionsstaates leitet, erklärt, dass die vor einem Jahr von Putin und Lukaschenka verabschiedeten Integrationsprogramme zu fast 50 Prozent umgesetzt worden seien. Am 4. November 2021 hatten Putin und Lukaschenka einen Erlass »Über die wichtigsten Richtungen für die Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die Gründung des Unionsstaates für 2021–2023« unterzeichnet; dabei waren 28 Integrationsprogramme des Unionsstaates verabschiedet worden.
27.10.2022	Die UN-Sonderberichterstatterin zu Belaus, Anaïs Marin, präsentiert bei der UN-Vollversammlung ihren Bericht vom Juli 2022 über belarusische Bürger:innen im Exil. In Belarus werde eine Atmosphäre der Angst geschaffen, und es werde eine Politik der Abschiebung von Dissident:innen ins Ausland betrieben, erklärt Marin.
28.10.2022	Der Grenzschutz der Ukraine erklärt, es gebe keine Anzeichen für die Schaffung einer Eingreiftruppe in Belarus, allerdings bleibe die Gefahr einer Invasion bestehen.

28.10.2022	Auf einem außerordentlichen Gipfel der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) beschuldigt Aljaksandr Lukaschenka die Präsidenten von Armenien und Aserbaidschan, Nikol Paschinjan und Ilham Alijew, der fehlenden Bereitschaft, beim Karabach-Konflikt verhandeln zu wollen. Er lehnt die Präsenz von EU- und OSZE-Missionen an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze ab.
29.10.2022	Die internationale Wirtschaftsagentur »Fitch Ratings« bestätigt die Einstufung der Kreditwürdigkeit von Belarus auf »begrenzter Zahlungsausfall« (RD). Der Grund ist die mangelnde Fähigkeit der Regierung, ihre Verpflichtungen aus Eurobonds zu erfüllen (die Regierung versucht, sie in belarusischen Rubeln zurückzuzahlen).
29.10.2022	Aljaksandr Lukaschenka unterzeichnet ein Gesetz über den Austritt von Belarus aus dem ersten Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Dieses Dokument hatte es Belarus:innen ermöglicht, im Falle einer Verletzung dieser Rechte beim UN-Menschenrechtsausschuss Individualbeschwerde einzulegen.
07.– 08.11.2022	Swjatlana Zichanouskaja hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Straßburg auf. Sie bespricht mit Tiny Kox, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), die Möglichkeit, ein Tribunal gegen Aljaksandr Lukaschenka einzurichten. Gesprächsthema ist auch die Möglichkeit, Oppositionsvertreter:innen aus Belarus als Beobachter:innen zum PACE-Treffen einzuladen.
14.11.2022	Belarus stimmt gegen die Resolution der UN-Generalversammlung über die Schaffung eines Mechanismus zur Auszahlung von Reparationen an die Ukraine.
15.11.2022	Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock äußert sich nach einem Treffen mit Swjatlana Zichanouskaja in Brüssel zu Belarus: Die Menschen in Belarus seien »in Geiselhaft für einen Krieg, den die Menschen dort eben nicht führen wollen, sondern sie streiten genauso wie die Menschen in der Ukraine für Freiheit und für Demokratie«. Baerbock zufolge seien im vergangenen Monat mehrere Hundert Menschen verhaftet oder verschleppt worden; viele davon würden unter dem Vorwurf des »Terrorismus« für zehn bis 15 Jahre ins Gefängnis geworfen.
18.– 20.11.2022	Swjatlana Zichanouskaja nimmt am Sicherheitsforum in Halifax, Kanada, teil. Mit der Verteidigungsministerin Kandas, Anita Anand, bespricht sie u. a. die Unterstützungsmöglichkeiten für »belarusische Freiwillige, die für die Freiheit in der Ukraine kämpfen«.
22.11.2022	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution mit der Aufforderung, die für die Demokratie kämpfenden Belarus:innen uneingeschränkt zu unterstützen. Die Resolution enthält unter anderem die Forderung, Gewalt und Unterdrückung in Belarus sofort einzustellen sowie alle politischen Gefangenen und willkürlich Inhaftierten bedingungslos freizulassen und zu rehabilitieren. Die Abgeordneten verurteilen die Beteiligung von Belarus am Krieg gegen die Ukraine und glauben, dass die Vertreter:innen des Lukaschenka-Regimes die Verantwortung für die Kriegsverbrechen in der Ukraine mittragen und sich vor einem internationalen Tribunal verantworten müssen.
23.11.2022	Der belarusische Außenminister Uladsimir Makej, äußert bei einem gemeinsamen Treffen im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit seine »tiefe Besorgnis« über die »beispiellose Militarisierung der an Belarus angrenzenden NATO-Mitgliedsländer«.
25.11.2022	Oleksij Arestowjtsch, der Berater des Büros des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, erklärt, dass die ukrainische Regierung sich deshalb nicht offiziell mit (der demokratischen Führerin von Belarus) Swjatlana Zichanouskaja trifft, um Aljaksandr Lukaschenka nicht zu einem »emotionalen Schritt« und einem direkten Eintritt in den Krieg zu provozieren.
26.11.2022	Die belarusischen staatlichen Medien geben den plötzlichen Tod des Außenministers von Belarus, Uladsimir Makej, bekannt.
29.11.2022	Belarusische Medien berichten darüber, dass die inhaftierte Maryja Kalesnikawa, eine der drei Frauen des oppositionellen »Frauentrios« des Jahres 2020, sich auf einer Intensivstation befindet.
29.11.2022	Der Ständige Vertreter der USA bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Michael Carpenter, erklärt bei einem speziellen Pressetermin, die OSZE verfüge über keinen Mechanismus zum Ausschluss von Mitgliedern. Daher versuchten die USA, sich darauf zu konzentrieren, die Gräueltaten aufzudecken, die Russland in der Ukraine begeht, und Russland und als Mitaggressor Belarus so weit wie möglich zu isolieren. Es müssten die Verbrechen ermittelt werden, für die die beiden Länder verantwortlich sind.
30.11.2022	Das Regime in Belarus trage die volle Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen von Maryja Kalesnikawa und 1.440 anderen politischen Gefangenen, erklärt der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price. Die verhaftete Maryja Kalesnikawa befindet sich seit dem 29. November auf einer Intensivstation.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen des Nachrichtenkanals *pozirkonline* (ehem. *naviny.by*) auf Telegram.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>